



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/111 - 14.5.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Zur zweiten westlichen Antwortnote	S. 1
Frankreich und die deutsche Einheit	S. 3
Religiöse Kundgebung mißbraucht	S. 4
Berlin im achten Nachkriegsjahr (Zweiter Bericht einer Untersuchung an Ort und Stelle)	S. 5
Glosse: Nicht jedes Lob erfreut	S. 7

Zur Kernfrage vorgebracht

(sp) Die neue Antwortnote der Westmächte an Moskau über die Prüfung von Voraussetzungen zur Wiedererringung der deutschen Einheit in Freiheit stellt im Vergleich zu dem früheren Notenwechsel einen entschiedenen Fortschritt dar. Sie trägt in hohem Maße der aufgewühlten öffentlichen Meinung in Deutschland und in Westeuropa Rechnung. Es waren neben den deutschen Sozialdemokraten vor allem die britische Labour-Party und auch die französischen Sozialisten, die auf eine alle Möglichkeiten ausschöpfende Prüfung der Ernsthaftigkeit des sowjetrussischen Angebotes drängten und ihre Regierungen in diesem Sinne beeinflussten.

Der Hauptvorteil der zweiten Antwortnote liegt darin, daß sie es vermeidet, wie es in der ersten Antwort an die Sowjetunion geschah, auf weitschweifige Einzelheiten einzugehen. Ihr Ton und ihr Geist zeichnen sich durch eine bemerkenswerte Konzilianz aus, sie ist bemüht, im Sachlichen zu bleiben, sie dringt in die Kernfragen vor. Es wird bestätigt:

Alle vier Besatzungsmächte sind von der Notwendigkeit freier und allgemeiner Wahlen in allen Zonen Deutschlands als erste Stufe der deutschen Wiedervereinigung überzeugt; die UNO-Kommission zur Überprüfung der Möglichkeiten freier und allgemeiner Wahlen kann durch andere Kommissionen, auf die sich die vier Besatzungsmächte einigen, ersetzt werden.

Die Westmächte versteifen sich nicht auf eine besondere Methode und Zusammensetzung der Untersuchungskommission, sie lassen die Möglichkeiten von Alternativ-Vorschlägen offen und entkräften damit einen wesentlichen Einwand der Gegenseite. Die Note konzentriert die Diskussion auf die Voraussetzung zur Schaffung freier Wahlen und vermeidet langwierige und im jetzigen Stadium

noch unfruchtbare Auseinandersetzungen über einen zukünftigen Friedensvertrag mit Deutschland.

Es erhebt sich freilich die kritische Frage, ob das von den Westalliierten empfohlene Verfahren nicht zu umständlich ist und kostbare Zeit vertan wird. Die darin enthaltene Zeittafel sollte nicht unbedingt bindend sein. Sie bringt die Gefahr neuer Verzögerungen durch endlose Diskussionen mit sich. Das Hauptanliegen bleibt doch, daß in möglichst kurzer Zeit die Besatzungsmächte sich auf einer Grundlage einigen, die vor und nach den Wahlen die Freiheit der politischen Betätigung für alle Parteien gewährleistet und einer aus freien und allgemeinen Wahlen hervorgegangenen gesamtdeutschen Regierung die Freiheit der Entscheidung gibt.

Auf diese Entscheidungsfreiheit kommt es an, sie bleibt das Kernstück. Noch in der ersten Antwortnote der Westalliierten war von einer einseitigen deutschen Bindung an die Westmächte die Rede. Auf britischen Einfluß ist diese für die Sowjetunion auf jeden Fall unannehmbare Forderung zumindest theoretisch aufgehoben worden. Es brach sich die Erkenntnis Bahn, daß ein deutscher Teil nicht das ganze Deutschland verpflichten kann. Aber wieviel von dieser Erkenntnis wird in den nächsten Wochen und Monaten ihren Niederschlag in der Wirklichkeit finden? Generalvertrag und Verteidigungsbeitrag stehen kurz vor dem Abschluß. Somit werden neue Tatbestände geschaffen und Präjudizierungen vorgenommen. Die kostbare Spanne, die bis zur Ratifizierung beider Verträge besteht, muß, wenn es allen Beteiligten ernst ist, ausgenützt werden, um die Verhandlungen mit der Sowjetunion voranzutreiben.

In der Antwortnote fehlt die äußerst wichtige und für die zukünftige Position Deutschlands entscheidende Feststellung, in welchem Umfang eine gesamtdeutsche Regierung Freiheit besitzen werde. Der Punkt 7) enthält bezeichnenderweise die an die Sowjetunion gerichtete Frage, ob eine aufgrund freier Wahlen gebildete gesamtdeutsche Regierung bis zum Abschluß des Friedensvertrages unter Viermächte-Kontrolle stehen solle. Diese Frage scheint uns völlig überflüssig. Der Gedanke eines Wiederauflebens der seinerzeit gescheiterten Viermächte-Kontrolle war nicht in der ersten sowjet-russischen Note enthalten; er wurde erst von einer westlichen Macht in die Deutschland-Diskussion wieder hineingeworfen.

Der Punkt 6) spricht davon, daß eine gesamtdeutsche Regierung "in voller Freiheit an den Beratungen" über einen Friedensvertrag teilnehmen soll. Was heißt das? Freiheit an den Beratungen bedeutet noch nicht Vertragspartner zu sein. Jede deutsche Regierung muß aber Vertragspartner und nicht Diskussionsteilnehmer an einem kommenden Friedensvertrag sein, soll er dauernden Bestand haben.

+ + +

Schumans Stellung stark erschüttert

Von unserem Pariser H.A.-Korrespondenten

Die Paraphierung des Vertrags der Europaarmee bedeutet nicht, daß die "Integrierung" Kleineuropas gelungen ist. Eine Reihe von Schwierigkeiten sind eher aufgeschoben als aufgehoben worden: Die Frage des deutschen Finanzbeitrags und das für Frankreich brennende Problem der anglo-amerikanischen Garantie gegen einen deutschen "Separatismus". Und die größte Gefahr wird dabei erst die Ratifizierung heraufbeschwören, die von verschiedenen Parlamenten versagt werden kann.

Die Konfusion, in der sich die Parlamentarier befinden, geht nicht nur aus der Presse hervor, sie zeigte sich auch während einer Sitzung der Außenkommission. Es ist bemerkenswert, daß der Berichterstatter des Ausschusses, Jaquet, sich für Viererverhandlungen aussprach. Sich der Kritiken bewußt, denen sie begegnet, hat die Regierung alles Interesse, unter Ausnutzung der Parlamentsferien die in Paris und Bonn verhandelten Verträge zum raschen Abschluß zu bringen, um so das Gewicht des fait accompli in die Debatten zu werfen.

Das ist ihr mehrmals mißlungen. Das in Paris falsch verstandene Adenauer-Interview hat sie bereits in eine schiefe Position versetzt, indem die Kritiker vor der Gefahr der Revisionsklausel warnten. Ein zweites Mal ist es ihr noch schlechter ergangen. 24 Stunden, nachdem Schuman vor der Außenkommission erklärt hatte, daß die französische Regierung "die Bedingungen einer Viererkonferenz studiere", war er gezwungen, sich zu widerrufen. Der unerwartet gekommene amerikanische Vorschlag zu einer Vorkonferenz der Hochkommissare ist in der Tat nirgends auf einen so großen Widerstand gestoßen - wie in Paris. Und der französische Botschafter in London ist sogleich gebeten worden, die Befürchtung auszudrücken, daß dadurch die Integration Westdeutschlands verhindert werde. Auf diese Weise wurde offen unterstrichen, daß diese das eigentliche Ziel Schumans ist, selbst wenn damit ein Kontakt mit der Sowjetunion verhindert wird. Somit deckten sich die Grundlinien der Außenpolitik Acheson-Adenauer-Schuman.

Das ist jedoch nur scheinbar und provisorisch der Fall. Denn im Sinn der jetzigen französischen Politik ist die westliche Absorbierung der Bundesrepublik kein Etappenziel zu einer deutschen Einheit, sondern ein Dauerzustand. Nicht nur ist sie nicht geneigt, die Oder-Weiß-Linie zu beanstanden, auch die Elbe-Grenze ist für sie ein kleineres Übel. Man sieht, mit wieviel Halbheiten und verschwiegenen Wahrheiten die Schaffung Rumpfeuropas angestrebt wird. Die öffentliche Bloßstellung der Schumanschen Politik hat ihr in Frankreich keineswegs genützt. Die Deutschland-Debatte, die das Parlament noch in diesem Monat beginnen dürfte, wird deshalb eine verstärkte Opposition gegen die Schumanpolitik zeigen. Und dabei werden zwei Strömungen zusammenwirken: Die eine, die sich gegen die jetzige Form der Europaarmee selbst richtet, und die andere, der eine mögliche Verständigung mit der UdSSR als das vornehmste Ziel gilt. Die wieder ertönenden Klänge des Deutschlandliedes werden es Schuman schwieriger denn je machen, das Parlament, wie bisher noch immer, zur Kapitulation zu bewegen.

+ + +

Durch die Hintertür

Schon mehrmals hat der bayerische Landtagspräsident Dr. Hundhammer auf religiösen Veranstaltungen parteipolitische Töne angeschlagen und dabei nicht immer Erquickliches hervorgebracht. Jüngst aber hat er, als er anlässlich der Einweihung einer durch Fliegerbomben stark beschädigten und nun wiederaufgebauten Kirche zu einer abendlichen Festrede nach Freiburg geladen war, in Gegenwart des dortigen Erzbischofs besonders drastisch danebengehauen. Er nahm diese kirchliche Feier zum Anlaß, um die Katholiken nicht nur zum Widerstand gegen den Bolschewismus und "alle Glaubensfeinde" zu ermahnen, sondern auch vor den Gefahren im Inneren Westdeutschlands zu warnen, wie sie vor kurzem bei der Regierungsbildung in Stuttgart und der "Ausschaltung der CDU" offenbar geworden seien.

Man muß solchen Mißbrauch religiöser Kundgebungen anprangern und eindringlich hoffen, daß dieses Beispiel nicht Schule macht, zumal da sich solche "Politik durch die Hintertür" bei dem Südweststaatskampf auch in den rein konfessionellen Kolpingsvereinen bemerkbar machte. Jüngst hat Bundesfinanzminister Schaeffer in einer Rede auf einer bayerischen Männerwallfahrt die Politik der Flüchtlingsorganisationen und ihre Kundgebung in Bonn glossiert. Es sei dahingestellt, ob seine Kritik in einigen Punkten berechtigt war - gewiß ist aber eine Männerwallfahrt nicht die geeignete Gelegenheit zu einer fairen politischen Auseinandersetzung.

H.

+ + +

Pfahl im Fleische der Sowjets

Zur geistigen und wirtschaftlichen Situation West-Berlins

P.R. - Berlin

Der Potsdamer Platz ist auch heute noch, sieben Jahre nach dem Ende des Krieges, eine wüste Trümmerstätte, formlos und ohne Konturen. Und wie die Zonengrenze ganz Deutschland durchschneidet, so wird dieser Platz im Herzen Berlins durch die unsichtbare Sektorengrenze geteilt. Plakate schreien im Ostteil ihre Parolen nach dem Westen hinüber und auf dem Gelände des ehemaligen Café Josty ist eine riesige Lautsprecher-Anlage für West-Nachrichten mit dem Gesicht nach dem Osten angebracht. Die beiden kleinen Torhäuschen im Schinkel-Stil am Eingang der Leipziger Straße sind fast ganz zerstört, Bruchstücke geborstener Säulen liegen umher, als sei es ihre Aufgabe, neugierigen Reisenden den Anblick von Trümmern einer vergangenen Epoche zu bieten. Dazwischen werden in roh zusammengesimmerten Buden Blumen und heiße Würstchen angeboten. Vor dem überlaufenen HO-Laden im ehemaligen Columbus-Haus sitzen oder stehen auf Steinen und Schutt die Menschen, um einige Fischbrötchen oder Portionen Eis zu verzehren. Das Ganze ein Bild, als sei der Krieg nicht vor sieben Jahren, sondern vor sieben Wochen beendet worden.

Von 2,1 Mio Einwohnern 1 Mio hilfsversorgt

Aber dieser Platz, von dem nur ein geringer Teil zum Westen gehört, ist für diesen absolut nicht typisch. Im allgemeinen hat sich das Bild des West- und Südteiles der Stadt in den letztvergangenen Jahren gründlich geändert. Es wird überall mit Bienenfleiß und weit hin sichtbarem Erfolg neu aufgebaut, wenn auf dem riesigen Stadtgelände diese Neubauten auch nicht so massiert auftreten, wie in manchen - durchaus nicht allen - westdeutschen Großstädten. Voraussetzung für den Berliner Neuaufbau war die Entrümmung, in jahrelanger opfervoller Arbeit vorgenommen, und unendlich viel altes Material ist wieder verwandt worden.

Die Wirtschafts- und Soziallage der Stadt ist freilich noch immer schwer. Die Arbeitslosenzahl beträgt z.Zt. 286000, bei 2,1 Mio Einwohnern. Von diesen wieder müssen nach dem gegenwärtigen Stand fast eine Million in irgendeiner Form von der öffentlichen Hilfe versorgt werden. Der Gesamtaufwand dafür betrug 1951 etwa 1,12 Mrd M. Das bedeutet, daß jeder von den 907000 Erwerbstätigen Abzüge in irgendeiner Form (als Versicherungsbeiträge, als Steuern usw.) in Höhe von etwa 1220,- M im Jahre hinnehmen müßte. Das ist in Berlin z.Zt. unmöglich, denn über ein Viertel aller Erwerbspersonen sind in Berlin seit Jahren ohne Arbeit, sehr viele der Erwerbstätigen selbst stehen nur in Kurzarbeit. Das Lohn Einkommen eines Berliner Industriearbeiters ist z.B. um mindestens 1/6 bis 1/5 geringer als das Arbeitseinkommen eines Arbeiters in Hamburg. Die gestiegene Zahl der Erwerbspersonen wurde zunächst durch die Heimkehr der Kriegsgefangenen und den Zustrom von Heimatvertriebenen verursacht - seit Anfang

1949 aber durch die ständig steigende Zahl der erwerbsfähigen politischen Flüchtlinge aus der Sowjetzone und dem Ostsektor von Berlin. Gegenwärtig beträgt dieser Zuwachs im Monat zwischen 5000 und 6000 Menschen. (In Berlin wird übrigens demnächst nach Uelzen und Gießen ein drittes Auffanglager errichtet werden).

Und doch: Im Kern gesunde Wirtschaft

Es klingt etwas widersinnig, und ist doch vollberechtigt, wenn man sagt, daß trotz dieser großen Arbeitslosigkeit die Berliner Wirtschaft in ihrem Kern gesund ist. Der Export steigt weiter, begünstigt durch die Tatsache, daß in erster Linie hochwertige, transportgünstige Spezialfabrikate erzeugt werden. Die Produktion entwickelt sich aufsteigend, die Wettbewerbsfähigkeit hat sich im allgemeinen gehalten, die Lage im Handwerk freilich stagniert und ist zum Teil rückläufig. Der Ausfall für viele Geschäfte in den Westsektoren durch Einkäufe in den billigeren Läden im Ostteil der Stadt ist erheblich, aber doch nicht so katastrophal, wie oft geschildert. Einen besonders schweren Stand haben freilich fast alle Gaststätten der Westsektoren. Die Notstandsaktion ist einstweilen etwas abgeklungen. Viele große Betriebe mit Namen von Weltgeltung haben aber einen großen Aufschwung genommen.

Ein besonders Beispiel dafür sind die Borsig-Werke in Tegel. Im Frühjahr 1945 wurden sie fast ganz vernichtet. Drei Jahre hat man verhandelt, um aus dem Chaos herauszukommen. Im April 1950 wurde mit 750 Mann neu begonnen, heute sind es 3500. Damals standen 10000 qm Produktionsraum zur Verfügung, gegenwärtig sind es 70000. 45 % der Erzeugung gehen in den Export. In anderen Betrieben dieser Größenordnung ist es ähnlich. Es sind in letzter Zeit sogar gewisse Industrierückverlagerungen nach Berlin zu verzeichnen, besonders in der Textilwirtschaft, was damit zusammenhängt, daß sich, besonders aus Sachsen, immer mehr hochqualifizierte Facharbeiter dieses Wirtschaftszweiges aus der Sowjetzone abgesetzt haben. Mit Nachdruck versichern Männer der Verwaltung, Produzenten und Kaufleute immer wieder, wie gefährlich es sei mit sensationell aufgetauschten Meldungen über einzelne Zwischenfälle den aus der Blockadezeit gebliebenen Rest an Mißtrauen neu zu beleben. Man verweist darauf, daß in noch fast allen Fällen die in Berlin bestellten Waren pünktlich ihren Abnehmer erreichten.

Gelassenheit und Fanatismus

Aber der nüchterne Berliner ist sich auch im klaren, daß ihm gerade im Zusammenhang mit der vorgesehenen Unterzeichnung des Generalvertrages, der Zusatzverträge und des deutschen Militärvertrages neue akute Gefahren drohen, auch wenn er die plumpen Ankündigungen aus Pankow nicht allzu tragisch nimmt. An der maßgebendsten Stelle glaubt man nicht an eine neue Blockade, womöglich unter Einschluß der Luftwege nach Berlin. Aber man ist ziemlich sicher, daß die Russen ein wohldurchdachtes System von Nadelstichen in Gang bringen werden. Man sieht dem allen in Berlin mit erstaunlicher Gelassenheit entgegen. "Was kann uns schon noch groß passieren?" ist etwa der

Tenor. Diese Gelassenheit ist mit selbstbewußtem Stolz untermischt, aber auch - und darin liegt eine Gefahr - mit einer Portion Fatalismus. Auch die Neigung mancher Menschen, nur deshalb für eine Sache, etwa den Generalvertrag, einzutreten, weil "der Iwan" dagegen ist (oder umgekehrt) ist nach den Erfahrungen der Berliner vielleicht verständlich, zeugt aber nicht unbedingt von politischer Einsicht - wie so oft fehlende Distanz, ganz allgemein, das Urteilsvermögen nicht gerade stärkt. Aber alle, die man spricht, unterstreichen mit einer gewissen erbitterten Leidenschaftlichkeit die Notwendigkeit, daß Deutschland wiedervereinigt werde. Sehr verbreitet ist aber leider auch die Skepsis gegenüber der unbedingten Aufrichtigkeit westdeutscher Beteuerungen in dieser Frage.

Selbstverständlich lastet das unnatürliche Insel-Dasein schwer auf Berlin. Aber hier an diesem Ort ist auch die einzige Stelle, wo die Bewohner der Sowjetzone ohne weiteres den Eisernen Vorhang durchbrechen können, hier ist die Naht zwischen Ost und West. Westberlin ist und bleibt der Pfahl im Fleische des Systems, mit dem wir uns geistig und politisch auseinandersetzen haben. Schon darin offenbart sich die ungeheure Bedeutung, die Berlin heute für die ganze westliche Welt hat.

+ + +

Das kulinarische Lob

Man kann ja nicht grade behaupten, daß wir Deutschen in Frankreich eine besonders gute Presse haben. Umso erfreulicher könnte es berühren, wenn man in einer führenden Pariser Zeitung ein Lob liest auf die Deutschen, welche die Hauptstadt an der Seine besuchen. Und noch erstaunlicher mag dabei sein, daß selbige Anerkennung sich just auf ein Gebiet bezieht, das zuallerletzt die germanischen Choucrout-Vertilger als geeignetes Objekt ihres neuen Ruhmes in Frankreich erwartet hätten.

Da hat also der "Combat" eine Reportage veröffentlicht, die sich mit den ausländischen Gästen in den Pariser Restaurants beschäftigt. Es ist eine kleine kulinarisch-psychologische Speisekarte, die der Beobachter des Fremdenverkehrs serviert: So seien zum Beispiel die Engländer Leute, die nur Tee und Bier trinken und jeden Franc sorgfältig herumdrehen, bevor sie ihn ausgeben - wer die englischen Devisenbestimmungen kennt, wird übrigens nicht sonderlich darüber erstaunt sein. Die Holländer schreiben nur Postkarten: Eine Förderung postalischer Interessen, für die begrifflicherweise jeder Pariser Garçon nur Verachtung hat. Ganz schlimm ist es mit den Belgiern: Die seien "unordentliche Esser". Nur die Deutschen finden Gnade vor den kritischen Augen des Monsieur mit der hohen weißen Mütze: Denn sie sind die einzigen aus den devisengesättigten Divisionen der kulinarischen Aggression auf französische Küche und Keller, die "noch die besten Weine und die teuersten Speisen zu bestellen wissen".

Nicht jedes Lob erfreut jeden.

Rolf Geha

Verantwortlich: Peter Raunau